

Der Bogen schliesst sich, wenn das letzte Hauptkapitel das neben der Nähmaschinenarbeit wohl wichtigste Feld weiblicher Erwerbstätigkeit in prekären Ökonomien ins Zentrum rückt: die Untervermietung. Der Verfasser sieht den Wohnungsverlust als typischen Anlass für die Anmietung einer eigentlich zu teuren und zu grossen Wohnung, deren Miete allenfalls mit der Heranziehung von Einnahmen aus Untervermietung aufgebracht werden konnte. Wenngleich sich die «Eigenlogik des Mitwohnens [...] gegen exakte Nettorechnungen, welche die Rentabilitätsfrage zu klären versprochen» (S. 274), sperrte, war sie doch über die per Ratenzahlung finanzierte Wohnungsausstattung, für die Möbelhäuser mit dem Verweis auf die Untervermietungschancen warben, in Kreditzusammenhänge eingesponnen. Davon blieb jenseits des Eigentumsvorbehalts für ratenfinanzierte Möbel, der eine Pfändung durch den Vermieter ausschloss, das Verhältnis zwischen Wohnungseigentümer und Hauptmieter unberührt. Ruoss zitiert einige zeitgenössische reformerische Stimmen, denen zufolge «der renditegetriebene Bau grösserer Wohnungen darauf abziele [...], die Zahl der direkten Mieter und Mieterinnen zu senken und sie zur Untervermietung zu drängen.» (S. 281) Die Unterstellung einer solchen Strategie scheint indessen nicht völlig plausibel, dokumentiert doch der Grundriss vieler, zeitgenössisch nicht zufällig Zinshäuser genannten Bauten aus dem späten neunzehnten Jahrhundert bis heute, dass für viele Bauherrn die grosszügige, an einkommensstarke Bürger zu vermietende Etagenwohnung den Orientierungspunkt bildete. Dieser Grundriss machte die Nutzung durch mehrere Familien bzw. Teilfamilien schwierig, da unpraktische Durchgangszimmer der Renditeoptimierung im Wege standen. Unabhängig von der Einschätzung dieser Detailfrage stellt sich hier die systematische Nachfrage, ob die sensible Rekonstruktion von Krediten als «bewegliche[n] Kräftegefüge[n]» (S. 13) nicht von der systematischeren Berücksichtigung der Kapitalinteressen der Wohnungseigentümer ebenso profitieren würde wie von der stärkeren Einbeziehung des Interesses der Konfektionsindustrie am de facto Arbeitszwang der Maschinennäherinnen. Derartige Nachfragen, zu der auch die nach der eventuellen Refinanzierung der Ratenkredite auf Seiten der an Absatzausweitung interessierten Nähmaschinen- und Möbelverkäufer tritt, schmälern aber nicht den Wert der Arbeit. Wer sich dafür interessiert, wie Kapitalismus in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert gelebt und erlitten wurde, findet hier reiche Informationen.

Friedrich Lenger, Gießen/Tübingen

Gabriele Balbi, Andreas Fickers (Hg.), **History of the International Telecommunication Union (ITU). Transnational Techno-Diplomacy from the Telegraph to the Internet**, Berlin: de Gruyter Oldenbourg, 2020, 353 Seiten.

Mit den ersten Schritten des Internetvorgängers ARPANET in den 1970er-Jahren und seit der Kommerzialisierung des Internets in den 1990er-Jahren ist die Geschichte der internationalen Regulierung von Kommunikationstechnologien aus der Nische der Technik-, Rechts- und Kommunikationsgeschichte herausgerückt. Auch angesichts der zweiten Globalisierung in den 1990er-Jahren schauten Historiker:innen nun vermehrt auf die Rolle von Kommunikationsinfrastrukturen als Treiber global vernetzter Ökonomie und als Infrastrukturen des Kolonialismus. Die Medienwissenschaftlerin Nicole Starosielski hat etwa in ihrem Buch *The Undersea Network* die materiellen, ökonomischen und politischen Verbindungen jener privaten Unterwasserkabelunternehmen offengelegt, die sich im 19. Jahrhundert in die Dienste der Kolonialmächte stellten und die USA und Kanada als Zentren des transpazifischen Telegraphennetzes positionierten.

Die 1865 kurz nach der 1864 ratifizierten Genfer Konvention «zur Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen» gegründete Internationale Fernmeldeunion (englisch: International Telecommunication Union, ITU) gilt als eine der ersten internationalen Organisationen. Sie wurde ein halbes Jahrhundert vor dem Völkerbund gegründet und ist seit 1947 eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die ITU war zunächst eine Vereinigung von zwanzig westeuropäischen Staaten, die sich um die Festlegung von Telegrammtarifen und um technische Normen kümmerte. Heute umfasst sie 194 Mitgliedstaaten und ist 2015 150 Jahre alt geworden.

Die vorliegende Publikation geht auf zwei internationale Workshops in den Jahren 2015 und 2017 zurück. Es handelt sich um keine klassische Festschrift, sondern eine auf umfangreichen Archivrecherchen beruhende historisch-kritische Auseinandersetzung mit den grossen Visionen und den realen Praktiken der Kommunikationstechnikdiplomatie. Herausgekommen ist dabei ein Sammelband, der die hundertfünfzigjährige Geschichte der ITU aus der Perspektive unterschiedlicher geographischer Regionen und mit einer Breite an Perspektiven Revue passieren lässt. Nicht alle der dreizehn versammelten Beiträge gehen über eine deskriptive Herangehensweise hinaus. Bei einem kompakt konzipierten Themenheft einer Zeitschrift wären im Peer-Review-Prozess wohl noch zwei, drei Beiträge etwas analytischer geworden oder herausgeflogen. Doch die Mehrheit der Beiträge schafft die grosse Kunst, die komplexen technischen Bedingungen, die sozialen und kulturellen Kontexte sowie die politischen Konfliktlagen der vermeintlich langweiligen Technikdiplomatie prägnant auseinander zu dröseln. Worin liegen die politische Brisanz und Aktualität von internationalen Konferenzen, bei denen über den Veranstaltungsort, Mitgliedstaaten, technische Standardisierungsprozesse und Tarife verhandelt wird?

Zunächst ist auf die Rolle der Schweiz zu verweisen, die im 19. Jahrhundert ihre Dienste der internationalen Staatengemeinschaft erfolgreich zur Verfügung stellte und den Sitz des Büros nach Bern holen konnte. Nachdem die ITU 1947 eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen wurde, zog das Büro nach Genf.

Zweitens war die ITU stets auch von geopolitischen Kräfteverhältnissen geprägt. Das dominante Narrativ von Entwicklung und technischer Moderne verschweigt, dass die Errichtung und Regulierung von Kommunikationsinfrastrukturen wie Unterwasserkabel, Radio und das Internet politischen und militärischen Interessen dienen. Der afrikanische Kontinent war ökonomisch für Unternehmen nicht lukrativ. Seine fragmentierte kommunikationstechnische Erschliessung folgte seit dem 19. Jahrhundert kolonialen Projekten. Hinter der Rede von Internationalismus und Fortschritt standen seit dem 19. Jahrhundert auch handfeste geopolitische Interessen. Die in der ITU inkludierte Staatengemeinschaft blieb zunächst auf westeuropäische Staaten beschränkt. Das Russische und das Osmanische Reich waren zur Pariser Konferenz von 1865 nicht eingeladen. Doch gelang es Russland, an der Konferenz von 1872 in Rom den Zuschlag für die Nachfolgekonferenz zu erlangen. Wie Marsha Siefert aufzeigt, bot die Petersburger Konferenz von 1875 dem Russischen Reich die Gelegenheit, seinen Platz unter den Grossmächten zu demonstrieren. Die USA war bis 1908 kein Mitglied, avancierte aber spätestens seit der Konferenz 1947 in Atlantic City bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum starken Player.

Zwischen 1947 und 1963 wurden 42 Staaten des Globalen Südens neu als Mitglieder aufgenommen. Doch der Einfluss der neuen Mitgliedstaaten blieb bis Mitte der 1960er Jahre schwach, wie Christiane Berth argumentiert. Sie wurden als sogenannte Entwicklungsländer im Rahmen von Technologietransferabkommen interessant, für die sich die ITU einsetzte. Viele Initiativen des Globalen Südens setzten sich nicht durch. Hingegen

gewann die Weltbank im Rahmen von Fellowship-Programmen und Darlehen an politischem Gewicht.

Drittens lassen sich an den Diskussionen um Mitgliedschaft und Stimmrecht die Charakteristiken und Widersprüche von Technikdiplomatie gut ablesen. Die Frage nach Stimmrecht zielte auch auf das Selbstverständnis der ITU. Was für eine Art Organisation wollte sie sein? Ein Verbund von Staaten? Oder eine Union von Verwaltungen? Welche Rolle sollten die Vertreter:innen von Unternehmen einnehmen dürfen? Wer sollte als Expert:in an Konferenzen teilnehmen? Und welche Expertise war gefragt, um Kommunikationstechnologien zu regulieren, jene von Regierungsvertretern, Manager:innen oder der Techniker? Die ITU war liberal-kapitalistisch geprägt, ein Prinzip, auf das sich Staaten und Unternehmen einigen konnten. Sie stellt seit dem 19. Jahrhundert ein Kompromiss zwischen Big Business und den Mitgliedsstaaten dar, wie Simone Fari argumentiert. Der Beitrag von Heidi Tworek verweist auf die Paradoxien historischer Entwicklung: Die in den 1930er-Jahren erhobene Forderung nach einem Stimmrecht für Kolonien war zwar aufgrund kolonialer Interessen erhoben worden, beförderte aber langfristig auch Dekolonisierung und Unabhängigkeitsbestrebungen.

Im hervorragenden Beitrag von Christian Henrich-Franke und Léonard Laborie wird aber viertens auch deutlich, dass sich in der Zwischenkriegszeit im Rahmen der Regulierung des Radios und als Folge einer Professionalisierung der Ingenieurwissenschaften eine neue Kultur der Standardisierung herauskristallisierte. Diese erlangte eine gewisse Unabhängigkeit von der Diplomatie und gewann als eine transnationale apolitische Form der Technikdiplomatie gerade in Zeiten politischer Spannungen und Krieg an Einfluss.

Fünftens zeigt der Band eindrücklich, dass seit etwa 2005 die BRICS-Staaten, welche multilaterale Modelle der Regulierung des Internets propagieren, das Selbstverständnis der ITU herausfordern. Hierbei ist die Rolle von China instruktiv. Gianluigi Negro weist darauf hin, dass China, das sich 1994 dem World Wide Web anschloss, Forderungen auf die Tische der diplomatischen Verhandlungen brachte, welche der Frage nach der Global Governance einen neuen Twist verliehen. China propagierte seit den 1990er-Jahren einen multilateralen Ansatz, der auf nationaler Techniksouveränität basiert. Jedes Land sollte sein eigenes Internet kontrollieren dürfen. Interferenzen von anderen Ländern sollten nicht erlaubt sein. In China, Russland, der Türkei etc. wurden de facto parallele virtuelle Räume mit einer eigenen Governance geschaffen. Das ins 19. Jahrhundert zurückreichende Paradigma des liberalen Internationalismus ist heute stärker herausgefordert denn je. Wie Valérie Schafer in ihrem Beitrag zur Rolle der ITU bei der Regulierung des Internets argumentiert, wurde gleichzeitig auch von netzpolitischen NGOs Kritik an der ITU laut, die darauf hinwies, dass zivilgesellschaftliche Interessen bei der Regulierung des Internets zu kurz kämen.

Nationale politische und militärische Interessen, das zeigt die Geschichte der ITU eindrücklich, waren in der ITU immer schon verankert: Telegramme konnten gestoppt, Telekommunikation unterbrochen und nationale Sicherheitsinteressen durchgesetzt werden – trotz des verankerten Briefgeheimnis. Mit dem Internet hat die Regulierung der Kommunikationsmedien eine neue Skalierung und Dringlichkeit erreicht. Es sollte nun auch den letzten Internet-User:innen langsam dämmern, dass Politik massgeblich durch Technik gemacht wird und ihre Tools und Geräte keine unschuldigen privaten, sondern hochpolitische Spielzeuge sind.

Monika Dommann, Zürich